

Antrag 2021/II/Bil/7

AfB

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Toleranz, Aufklärung und Gendergerechtigkeit an Hamburgs Schulen weiter stärken.

1 1. Die Förderung von Diversitätsbeauftragten an weiterführenden und berufsbildenden Schu-
2 le zu stärken. 2. Schulen sollen Geschlechts- und Namenseinträge in die Schulverwaltungs-
3 programme der BSB selbständig nach den Bedürfnissen betroffener Schüler*innen anpassen
4 können. 3. Eine Nutzung gendergerechter Sprache (durch Berücksichtigung des dritten Perso-
5 nenstandes „divers“ durch Gendersternchen oder – Gap) als eine Ausdrucksoption wird aus-
6 drücklich in Publikationen der Freien und Hanse-stadt Hamburg und auch insbesondere in
7 Schulen erlaubt. 4. Die Schaffung einer Ombudsstelle, die auch für Fragen geschlechtlicher und
8 sexueller Vielfalt in der Behörde für Schule und Berufsbildung zuständig ist.

9 **Begründung**

10 Toleranz, Aufklärung und Gendergerechtigkeit müssen auch weiterhin selbstverständliche As-
11 pekte der Schulkultur sein. Bereits beim letzten Landesparteitag wurde beschlossen, dass der
12 Senat aufgefordert wird, die Finanzierung des Aufklärungsprojekts „soorum“ langfristig sicher-
13 zustellen und den Stellenanteil bedarfsgerecht zu erweitern. Die inhaltliche Weiterentwick-
14 lung muss in enger Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut erfolgen.

15 Einige Schulen haben bereits Koordinationsstellen geschaffen, die das Thema Vielfalt deutlich
16 in den Vordergrund rücken, diese soll zukünftig weiter gestärkt werden. Die Gendergerechte
17 Sprache muss auch in den Sprachgebrauch der Hamburger Schulen Einzug finden. Sowohl in
18 den Schulverwaltungsprogrammen, als auch in den Publikationen. Das System der Ombuds-
19 stellen hat sich in den vergangenen Jahren in Hamburg bewährt. Daher ist auch notwendig,
20 für das Thema geschlechtlicher und sexueller Vielfalt eine entsprechende Stelle in der Behörde
21 für Schule und Berufsbildung zu schaffen.